Frankfurter Zeitung 8/III. 1916

Zur skandinavischen Konferenz.

Die politische Bedeutung. — Archangelsk, Ostsee und Alandsinseln im Frühjahr. — Die innere Politik Schwedens. — Die Landthingswahlen.

(Privat-Telegramm der „Frankfurter Zeitung".)

P Stockholm, 7. März. (zf.) Der schwedische Ministerpräsident Hammerskjoeld und der Minister des Auswärtigen, Wallenberg, treten heute ihre Reise zur skandinavischen Ministerzusammenkunft in Kopenhagen an. Die Zusammenkunft, deren Ankündigung immerhin überraschend erfolgte und deren eigentlicher Zweck in Anbetracht der allgemein gehaltenen Angaben im Wortlaut der offiziellen Bekanntmachung widersprechende Auslegungen findet, bildet zunächst nur ein neues Glied in der Kette der verschiedenen Besprechungen, die seit Kriegsanfang zwischen Staatsmännern der drei Nordreiche stattgefunden haben. Die sichtbarste dieser Zusammenkünfte war die Dreikönigsbegegnung in Malmö; aber auch in Stockholm und Kopenhagen hat man sich während des Krieges über gemeinsame Wirtschafts- und Verkehrsfragen mehrfach ausgesprochen. Schweden als führender nordischer Staat, der in den Ereignissen des Weltkriegs seine Unabhängigkeit und Entschlußfreiheit noch am meisten zu wahren gewußt hat, übernahm auch diesmal wieder die Initiative der Besprechungen, deren Endzweck sicherlich nur die Rückendeckung desjenigen Staates sein kann, der zuerst in die Lage kommen könnte, vor die Frage des Aufgebens der Neutralität gestellt zu werden. Deshalb kann man die allgemeinpolitische Bedeutnug der Zusammenkunft, auch wenn unmittelbare Ergebnisse nicht in die Augen fallen, kaum unterschätzen. Es ist bekannt, daß sowohl Dänemark als Norwegen dem zunehmenden englischen Drucke auf die Dauer immer geringeren Widerstand entgegenzusetzen vermochten. Bei den Regierungen dieser Staaten mag der Wunsch, ihr Widerstandskraft gegen die freilich schon recht weit gediehenen englischen Einflüsse neu zu stärken, in demselben Maße vorhanden gewesen seien, wie das Bedürfnis Schwedens, sich für eine künftige Kraftprobe gegenüber der englisch-russischen Forderungen vorzusehen.

Schweden verliert im Frühjahr, sobald die nördlichen Wege offen sind, für England und Rußland viel von seiner wesentlichen Bedeutung als Durchfahrtsland; England und Rußland werden sich in einigen Wochen weit mehr zu einem energischen Vorgehen imstande fühlen, als gegenwärtig, wo man noch auf die schwedischen Durchfuhrbahnen und auf Schwedens Entgegenkommen das bekanntlich seine Grenzen hat, angewiesen ist. Spätestens in zwei Monaten ist Archangelsk wieder offen; schon früher ist die Schiffahrt in der Ostsee wieder im Gang. Bis zum Frühjahr werden aber auch die gegenwärtig von Rußland mit Hochdruck betriebenen Befestigungsarbeiten auf den Alandsinseln vollendet sein. „Aftonbladet" brachte über die Alandsfrage am 2. März einige Betrachtungen, die nicht nur in schwedischen Kreisen, sondern auch in Kristiania und Kopenhagen gewisses Aufsehen erregten. Man wird sich erinnern, daß ein schwedisch-russischer Notenwechsel über die damals gemeldeten Befestigungsarbeiten auf Aland bereits im Herbst 1914 stattfand. In Schweden war man durch die Erklärung des russischen Ministers des Auswärtigen zufriedengestellt, daß die dort damals tatsächlich nur in kleinem Umfang vorgenommenen Befestigungsarbeiten sich nicht gegen Schweden richteten. In den letzten Monaten aber kommen von den Alandsinseln zuverlässige Nachrichten, daß die Befestigungsarbeiten in beträchtlichem Umfange aufgenommen worden sind. Mindestens eine Division russische Linientruppen werden inzwischen nach Aland übergeführt. Die Bedeutung dieser Inselgruppe für den im Frühjahr voraussichtlich wieder auflebenden Ostseekrieg liegt auf der Hand; die befestigten Alandsinseln stellen aber auch ein nicht zu unterschätzendes russisches Druckmittel gegen Schweden dar

Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Kopenhagener Ministerzusammenkunft von der gesamten skandinavischen Presse sympathisch, wenn auch mit dunklen Worten begrüßt worden. Es herrscht der Eindruck vor, daß die bevorstehende Zusammenkunft, an der diesmal nur die Ministerpräsidenten und die Minister des Aeußern der drei Länder teilnehmen, die früheren Konferenzen an Bedeutung übertrifft. Daß die Anregung auch diesmal von Schweden ausgegangen ist, erfüllt die hiesigen Kreise mit Befriedigung. Diese Tatsache dürfte für Schweden nicht ohne angenehme innerpolitische Rückwirkungen im Sinne eines nationalen Zusammenschlusses der Parteien bleiben, deren Gegensätze sich angesichts der Ende dieses Monats bevorstehenden Landthingswahlen unerfreulich verschärft haben. Bekanntlich haben die vereinigten Liberalen, Sozialisten und Radikalen die Losung ausgegeben, die Linke sei für den Frieden, die Rechte für den Krieg. Diesen den wahren Sachverhalt verfälschenden Schlagworten ist durch den klugen Schachzug der Regierung der Boden entzogen worden. Selten ist denn auch eine Wahlbewegung in Schweden, obwohl unter den Aufhetzungsversuchen sogar wehrfeindliche Kundgebungen nicht fehlten, so schleppend verlaufen, wie diesmal, und der Ausgang der Wahlen dürfte voraussichtlich für den chronischen Rückgang der Linksparteien eine neue Bestätigung bilden. Die schwedische Regierung liefert durch die Bereitschaft, die durch gesteigerten Druck der Entente sich ergebenden wirtschaftlichen und politischen Schwirigkeiten mit den skandinavischen Bruderstaaten zu besprechen, den Beweis, daß sie alles tut, um mindestens die eigene Neutralität auch künftigen Prüfungen gegenüber zu sichern und sich zugleich für alle Möglichkeiten den Rücken zu schützen.